

Mitgliederinformation zur Bundesdelegiertenversammlung des **hlb** am 3. und 4. Mai in Schwerin



*Die Delegation des **hlb**Hessen: (v.l.) Prof. Dr. Claas Becker, Prof. Rüdiger Pichler, Prof. Dr. Roland Dückershoff und Prof. Dr. Stephan Böhm zusammen mit Länderreferentin Ulla Cramer. Auf dem Foto fehlt Prof. Dr. Steffen Reichmann.*

Jedes Jahr findet die Bundesdelegiertenversammlung des Hochschullehrerbundes (**hlb**) in einem anderen Bundesland statt: Anfang Mai 2024 trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände in Schwerin. Die Delegierten aus dem Vorstand des **hlb**Hessen mit dem Vorsitzenden Prof. Dr. Roland Dückershoff und Schatzmeister Prof. Dr. Stephan Böhm wurden unterstützt von den **hlb**-Mitgliedern Prof. Dr. Steffen Reichmann von der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit sowie Prof. Rüdiger Pichler und Prof. Dr. Claas Becker von der Hochschule RheinMain. Im ersten von ihm vorgetragenen Bericht des Bundespräsidiums

hob der im vorigen Jahr zum neuen Präsidenten gewählte Prof. Dr. Tobias Plessing vor allem drei Punkte hervor. Im Fokus der Arbeit stand in erster Linie die Förderung für angewandte Forschung, die sich derzeit in einer Umbruchphase befindet. So sind für mehrere von den HAWen genutzte Programme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz deutliche Kürzungen vorgesehen, umso wichtiger ist der Erhalt bestehender Programme und eine eigene auf die spezifischen Bedürfnisse der HAWen zugeschnittenen Förderagentur. So hat sich die **hlb**-Bundesvereinigung gemeinsam mit den Landesverbänden am 21. November 2023 mit einem koordinierten offenen Brief an die Finanz- und Wissenschaftsministerien der Länder gewandt, um sich für den Erhalt des BMBF-Programms „Forschung an FH/HAW“ einzusetzen. Wenige Tage später wurde dann dessen Weiterführung und Weiterentwicklung verkündet. Mit dem „DATI-pilot“ ist nun auch ein erster Vorläufer für die lange geforderte „Deutsche Agentur für Transfer und Innovation“ an den Start gegangen. Bei den eingereichten rund 3.000 Anträgen waren die Vertreterinnen und Vertreter der HAWen mit rund einem Drittel der Anträge die größte Gruppe. Dies zeigt, wie wichtig es ist, die künftige DATI klar an den spezifischen Anforderungen und Besonderheiten von Forschung, Innovation und Transfer an den HAWen auszurichten. Dafür macht sich der **hlb** stark.

Mit dem eigenständigen Promotionsrecht an den HAWen, für das sich der **hlb** schon seit vielen Jahren einsetzt, geht es voran. Nachdem sich kooperative Promotionsverfahren an HAWen über eine langjährige Versuchsphase als kaum erfolgreich herausgestellt hatten, haben inzwischen acht Bundesländer, darunter auch Hessen, Regelungen für ein eigenständiges Promotionsrecht für die HAWen in den jeweiligen Hochschulgesetzen eingeführt. Der **hlb** hatte 2010 den ersten Anstoß für die Einführung des eigenständigen Promotionsrechts für HAWen gegeben, nachdem der Wissenschaftsrat ein Jahr zuvor Kriterien für die Vergabe des Promotionsrechts an nicht-staatlichen Hochschulen vorgelegt hatte. Damit war deutlich geworden, dass auch Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die diese Kriterien erfüllen, nicht länger vom Promotionsrecht ausgeschlossen werden dürfen. Als jüngstes Bundesland hat Thüringen das HAW-Promotionsrecht auf den parlamentarischen Weg gebracht.

Die Ziele der Kampagne „Erfolg braucht HAW“ werden weiter verfolgt. Es ist ein zentrales Anliegen der hochschulpolitischen Arbeit des **h1b** in all seinen Landesverbänden, sich für eine Anpassung der Lehrverpflichtung der Professorinnen und Professoren verbunden mit einer besseren Ausstattung durch wissenschaftliches Personal einzusetzen. Es gibt jedoch nur ein Land, Sachsen-Anhalt, das mit einer Regelverpflichtung von weniger als 18, nämlich 16 LVS, vorangegangen ist. Insgesamt beobachtet der **h1b** eine Tendenz, die Forderungen nach 18 SWS auf andere Weise aufzugreifen als gefordert. Statt einer Reduktion der Regellehrverpflichtung auf generell 12 LVS arbeiten einige Bundesländer mit einer Erhöhung der Ermäßigungsmöglichkeiten, die in der Regel über die Hochschulleitung oder über die Dekanate bewilligt werden. Das hat sich auch in der jüngst verabschiedeten neuen LVVO in Hessen gezeigt.

Die Zahl der **h1b**-Mitglieder stieg auch im Jahr 2023 weiter von 7.788 auf 8.017 Mitglieder. Auch in Hessen entwickelte sich die Mitgliederzahl positiv – von 631 auf 650. Im Fokus der Leistungen des **h1b** stand neben der politischen Arbeit vor allem die Beratungstätigkeit. So wurden 2023 über 300 Professorinnen und Professoren mit Blick auf ihre Berufung beraten, fast 2.000 Mitglieder nahmen weitere Beratungen in Anspruch.



Anfang Mai 2024 trafen sich die Delegierten des **h1b** in Schwerin. Foto: Nadja Held

Besonders intensiv wurde in Schwerin über die verschiedenen Optionen zur Umbenennung des **h1b** diskutiert. Die neue Bezeichnung „**h1b**-Bundesvereinigung“ umgeht das Problem, dass im bisherigen Vereinsnamen „Hochschullehrerbund – Bundesvereinigung e.V.“ nur die männliche Form explizit genannt wird. Angelehnt an den neuen Namen lautet die Beschreibung des **h1b** nun: „Bundesvereinigung der Professorinnen und Professoren für angewandte Wissenschaften.“ Neu ist auch der Claim, der jetzt „Wir sind die Stimme der angewandten Wissenschaften“ heißt.

Die Sichtbarkeit der HAWen vor allem in der Bundeshauptstadt Berlin soll eine Veranstaltung verbessern, die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft mit solchen aus den angewandten Wissenschaften zusammenbringt und ein Schaufenster für die spezifischen Leistungen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften bietet. Dies möchte der **h1b** mit einer Festveranstaltung erreichen, die im Mai 2025 parallel zur nächsten Bundesdelegiertenversammlung in Berlin geplant ist. Verliehen werden soll ein Preis für Transfer und Kooperation, ein Preis für innovative und nachhaltige Lehre, ein Preis für die beste HAW-Promotion sowie ein **h1b**-Ehrenpreis für hochschulpolitisches Engagement.

Zum Auftakt der diesjährigen Bundesdelegiertenversammlung hatte der Hochschullehrerbund im Vorfeld des 75. Jubiläums des Grundgesetzes zu einem Kolloquium mit dem Titel „Lehrziel Demokratie – werden wir dieser Verantwortung gerecht?“ eingeladen. Unterstützt von Impulsen aus der Politik, aus der studentischen Vertretung und der hochschulischen Selbstverwaltung suchten die anwesenden Professorinnen und Professoren Antworten auf die Fragen: „Wie leben wir das Lehrziel Demokratie im Hochschulalltag, und welche Ideen und Beispiele gibt es für die Umsetzung in Studium, Lehre und beim Miteinander an der Hochschule?“ Konkrete Vorschläge dazu wurden auch in drei nachfolgenden Workshops erarbeitet (siehe dazu die Interviews mit Prof. Dr. Susanne Koch, Frankfurt UAS, und Didem Azgin, Vorstand des Studentischen Parlaments an der Hochschule München).

Interview mit Prof. Dr. Susanne Koch

„Wir müssen Demokratie vorleben“



Prof. Dr. Susanne Koch leitete einen Workshop bei der Bundesdelegiertenkonferenz des hlb. Foto: Kevin Rupp

Beim Kolloquium „Lehrziel: Demokratie – werden wir dieser Verantwortung gerecht?“ auf der Bundesdelegiertenversammlung des hlb am 3. Mai 2024 in Schwerin haben Sie einen Workshop zum Thema „Service Learning und (spielerische) Demokratiebildung“ angeboten. Was muss man sich unter Service Learning vorstellen?

Prof. Dr. Susanne Koch: Service Learning ist eine Lehr- und Lernform, die gesellschaftliches Engagement von Studierenden mit fachlichem Lernen verbindet. Als Professorin für Betriebswirtschaftslehre und Logistik an der Frankfurt University of Applied Studies habe ich

schon immer sehr gerne mit meinen Studierenden Logistikprojekte in sozialwirtschaftlichen Einrichtungen durchgeführt, sodass Studierende neben der fachlichen Kompetenz einen Einblick in Lebenswelten bekommen, die ihnen vielleicht fremd sind. Der besondere Mehrwert: Die jungen Menschen zeigen zivilgesellschaftliches Engagement und gewinnen dabei demokratische Erfahrungen.

Dieser Ansatz hat dazu geführt, dass Sie ein wissenschaftliches Zentrum, die School of Personal Development and Education, mit ins Leben gerufen haben, dessen geschäftsführende Direktorin Sie heute sind...

Koch: Als Hochschullehrerin ist man ja nicht damit zufrieden, einfach ein Projekt auf den Weg zu bringen. Ein wichtiges Thema ist auch immer die Begleitforschung. Die heutige School of Personal Development and Education (ScoPE) ist eine hochschulübergreifende eigenständige Organisationseinheit, die quer über alle vier Fachbereiche der Frankfurt UAS hinweg aktiv ist. Ein interdisziplinäres Team von Forschern und Forscherinnen widmet sich aktuellen und zukünftigen Herausforderungen, um Hochschulangehörige bei der Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten zu unterstützen. Dabei liegt der Fokus auf Persönlichkeitsentwicklung, gesellschaftlicher Verantwortung, HAW-Didaktik und Schlüsselkompetenzen – und natürlich Demokratiediskurs. Gerade der Anschlag im Februar 2020 in Hanau, bei dem neun Menschen mit Migrationshintergrund ermordet wurden, hat mir die Bedeutung eines solchen Engagements noch einmal ganz klar gemacht. Als Professorin einer Hochschule in der Rhein-Main-Region mit einem hohen Anteil von Studierenden mit Migrationshintergrund habe ich mich natürlich damals gefragt, was kann ich denn tun – und habe auch schnell die Antwort gefunden: Mein Hebel ist die Lehre, bei der ich mit den Studierenden in den Diskurs eintreten kann.



Spielerisch näherten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops an das Thema Demokratie an Foto: Nadja Held

Wie haben Sie denn dies konkret umgesetzt?

Koch: Ich bin davon überzeugt, dass wir bei der Vermittlung eines Demokratieverständnisses weiterkommen, wenn wir unseren Studierenden nicht nur Fakten und Wissen weitergeben im Sinne von: Welche demokratischen Institutionen kennen wir? Welchen Einfluss hat die EU? Oder was ist Föderalismus? Demokratie ist Meinungsbildung, Zuhören, Argumente austauschen und gute Quellen von schlechten Quellen unterscheiden – und das müssen wir als Professorinnen und Professoren unseren Studierenden vorleben und ihnen den Raum geben, diese Fähigkeiten zu erlernen und anzuwenden. Die Angebote von ScoPE sind dabei eine Unterstützung. In ScoPE stellen wir Methoden und Werkzeuge für unsere Kolleginnen und Kollegen an der Frankfurt UAS zur Verfügung, um den Demokratiediskurs zu unterstützen, z. B. Demokratiespiele, und laden auch Referentinnen und Referenten ein, die über aktuelle politische Themen informieren, diese transparent machen und somit auch Fake News entgegenwirken.

Wie kann man denn als Professorin oder Professor solche Kompetenzen einüben und ist das Diskutieren von Demokratiethemata in jedem Studiengang denkbar?

Koch: Demokratische Prozesse in Vorlesungen oder Übungen beispielsweise über Spiele oder Projekte einzuüben, ist in Bereichen wie Soziale Arbeit oder Geisteswissenschaften sicherlich einfacher. Aber auch in den Natur- oder Ingenieurwissenschaften sollten wir uns Zeit nehmen, zwischen der reinen Vermittlung von Fachkenntnissen auch aktuelle politische Themen anzusprechen und zu diskutieren. Diesen Raum sollte man den Studentinnen und Studenten geben. Und wie ich schon erwähnte: Es ist sehr wichtig, dass auch wir selbst demokratisch agieren, und demokratische Spielregeln im Umgang mit den Studierenden einhalten. Demokratie leben – das geht in jeder fachlichen Disziplin.

Welche Voraussetzungen können Professorinnen und Professoren helfen, ihren Studierenden das Thema Demokratie zu vermitteln?

Koch: Ich denke, wir brauchen die entsprechenden Ressourcen. Das heißt, dass ich mich als Lehrende oder Lehrender weiterbilden kann oder dass es an meiner Hochschule eine Institution gibt, mit der ich diese Themen diskutieren kann, die mich unterstützt oder auch einmal einen passenden Referenten zu Verfügung stellt. Und: Wir müssen auch ganz praktisch Diskussionsräume schaffen, die ganz konkret Platz für entsprechende Diskussionen und Gespräche bieten.

Interview mit Didem Azgin

„Wir müssen auf Augenhöhe zusammenarbeiten“



Didem Azgin und Prof. Dr. Claus-Michael Langenbahn, Vorsitzender des hlb Rheinland-Pfalz, stellen die Ergebnisse ihres Workshops vor. Foto: Nadja Held

Ihren Workshop auf dem Kolloquium anlässlich der hlb-Bundesdelegiertenkonferenz haben Sie unter das Motto „Wie können wir als Hochschulgemeinschaft zu Demokratiemultiplikatorinnen und -multiplikatoren werden?“ gestellt. Was verstehen Sie unter einer Hochschulgemeinschaft?

Didem Azgin: In einer Hochschulgemeinschaft arbeiten alle beteiligten Gruppen auf Augenhöhe zusammen und versuchen, die Probleme und Herausforderungen gemeinsam

anzugehen und Lösungen zu finden – angefangen von der Hochschulleitung über die Dekanate, die Professorinnen und Professoren, den Hochschulrat bis zu den Studierenden mit ihren Vertreterinnen und Vertretern. Für diese stehe ich als Vorsitzende des Studentischen Parlaments an der Hochschule München. Das ist gelebte Demokratie.

Ist das in den doch eher hierarchisch aufgestellten Hochschulen nicht eher eine Illusion?

Azgin: Das liegt an den handelnden Personen – an der Hochschulleitung oder an dem Dekan oder der Dekanin. Diese müssen bereit sein, demokratische Strukturen vorzuleben. Denn wenn beispielsweise Studierende erleben, dass Entscheidungen von oben herab getroffen werden, ohne ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen, dann kommt ein großes Gefühl der Machtlosigkeit auf. Es kann doch nicht sein, dass Studierenden das Thema Demokratie vermittelt werden soll, aber Gremien, in denen sie aktiv sind, wie den Senaten, zunehmend Befugnisse entzogen werden. Das ist sicher der falsche Weg.

Was können denn Professorinnen und Professoren tun, um Studierende an das Thema Demokratie heranzuführen?

Azgin: Gerade die Professorinnen und Professoren haben hier viele Möglichkeiten. So können sie in ihren Vorlesungen, Übungen und Workshops den Raum schaffen für politische Diskussionen, z. B. mit Blick auf die anstehende Europawahl, und die Studierenden zum Nachdenken anregen. Auf diese Weise sieht man auch – dieser Professor oder diese Professorin ist am Thema Demokratie interessiert. Denn Profs sind ja auch Vorbilder. Und sie können uns auch als Studierendenvertretung sehr helfen.

Können Sie das näher erklären?

Azgin: Das kann eine ganz praktische Unterstützung sein, wie sie beispielsweise einige Professorinnen und Professoren bei uns in München geleistet haben. Sie haben in ihren Vorlesungen eine Pause gemacht mit der Bitte, diese für die Online-Wahl der Studierendenvertretung zu nutzen. Oder sie geben Informationen der Studierendenvertretung an die Studentinnen und Studenten weiter – oder weisen diese auf die Möglichkeit hin, sich bei einem Problem an unser Gremium zu wenden. Für uns ist auch ganz wichtig, wenn Professorinnen oder Professoren unsere Argumente oder Anliegen einfach gut finden und dies auch sagen, das macht schon ganz viel aus.

Leider ist die Beteiligung an den Wahlen zur Studierendenvertretung ja meist nicht sehr hoch

...

Azgin: Ja, leider – aber gerade bei uns in München hat sich gezeigt, dass die Unterstützung durch die Professorinnen und Professoren und die Hochschulleitung hier sehr viel bewirken kann. Wir haben aber auch ein Problem, Studierende zu finden, die bei uns mitmachen, denn die Arbeit lastet häufig auf wenigen Schultern und ist deshalb sehr anstrengend. Auch hier können uns die Professorinnen und Professoren helfen, beispielsweise indem man unser Engagement in ECTS umwandeln kann. Dies wird an einer unserer Fakultäten bereits praktiziert – als Pilotprojekt. Eine große Unterstützung wäre es zudem, wenn der Einsatz in einer Studierendenvertretung durch ein Extrasemester anerkannt würde.